

Die SPD vor dem Mitgliedervotum – was der Eintritt in eine neue Große Koalition der Partei abverlangt

Patrick Horst

Die SPD hat sich auf ihrem Sonderparteitag am 21. Januar 2018 mit etwas mehr als der Hälfte ihrer Delegierten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union ausgesprochen. Ein überzeugendes, Vertrauen erweckendes Ergebnis ist das nicht. Es zeigt, wie unbeliebt die Große Koalition in der Partei und bei ihren Funktionären ist. Verständlich, hat die Partei doch ihre zwei schlechtesten Wahlergebnisse in der Historie der Bundesrepublik am Ende zweier Großer Koalitionen erzielt: 2009 mit 23 und 2017 mit nur noch 20,5 Prozent. Vom Stolz einer „linken Volkspartei“, die nicht nur den Anspruch hat, alle Schichten des Volkes zu vertreten, sondern auch den Kanzler zu stellen, ist da nur noch wenig übrig. Allzu verständlich erschien der Wunsch, sich als „Bollwerk der Demokratie“ (Martin Schulz) in die Trutzburg der Opposition zurückzuziehen und von dort aus die Erneuerung der Partei anzustreben. Dabei haben die Erneuerer die Rechnung ohne die FDP gemacht, die nach den Worten ihres Vorsitzenden Christian Lindner lieber „nicht regieren als falsch regieren“ wollte. Sie übersahen auch, dass der Weg in die Opposition so neu nicht ist. Schon am Ende der vorangegangenen Großen Koalition (2005-09) wollte die SPD um jeden Preis die Neuauflage der erfolgreichen Koalition vermeiden und durfte sich schließlich in der Opposition neu erfinden. Schon damals ging es um die heute wieder diskutierten Themen einer Kräftigung des sozialdemokratischen Markenkerns, der koalitionspolitischen Öffnung nach links und der Organisationsreform. Erfolgreicher schnitt die SPD an der Wahlurne dennoch nicht ab: Mit einem Rückstand von fast 16 Punkten auf die Union fand sich die Partei nach langen Koalitionsverhandlungen und einem Mitgliedervotum kurz vor Weihnachten 2013 erneut in der Großen Koalition wieder.



Dr. Patrick Horst

Lecturer Political Science, North American Studies Program,
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Die ungeliebte Große Koalition

Wie sehr die Große Koalition in der Partei verabscheut wird, zeigt sich auch daran, dass die meisten Intellektuellen, die der Partei nahestehen, ihr nach der verlorenen Bundestagswahl eine Erneuerung in der Opposition empfahlen. Albrecht von Lucke etwa sah die SPD in einer Existenzkrise, der nur mit einer „Generalüberholung in der Opposition“ begegnet werden könne. Einen „glaubhaften inhaltlichen Anspruch auf die Kanzlerschaft“ könne sie nur dann wieder erheben, wenn sie sich auf die „Vor-Agenda-SPD“ rückbesinne.¹ Gerd Mielke meinte Ähnliches, als er davon sprach, dass die SPD das Agenda-Trauma überwinden und sich einer „wohlfahrtsstaatlichen Fortentwicklung des klassischen Leitmotivs politics against markets“ zuwenden müsse. Eine solche Rückkehr zum „traditionellen sozialdemokratischen Politikmodell“ könne nicht innerhalb einer Großen Koalition, sondern am besten in einer Ausrichtung auf die Linkskoalition erfolgen.² Auch Frank Decker vertrat die These, dass eine inhaltliche und strategische Neuausrichtung der SPD nur aus der Opposition heraus erfolgen könne. Wie von Lucke und Mielke sah er den Wiederaufstieg der SPD zur Kanzlerpartei an die Voraussetzung geknüpft, „das Verhältnis zu den Linken zu entkrampfen.“ Und wie von Lucke hatte auch Decker eine Vision, die sogar über eine Linkskoalition hinausreichte bis zur Fusion oder Fraktionsgemeinschaft beider Parteien. In letzterem Modell würde die SPD nur im Westen, die Linke nur im Osten antreten.³

Gegen die Kritiker der Großen Koalition soll hier die These vertreten werden, dass sich die SPD prinzipiell sehr wohl in der Regierung erholen kann – auch wenn der Schlingerkurs des Parteivorsitzenden vor und nach der Wahl es nicht leichter gemacht hat. Grundsätzlich aber kann auch der Juniorpartner in einer Großen Koalition die dominierende Position der Kanzlerpartei im Parteiensystem angreifen. Die Gelegenheit dazu ist heute so günstig wie nie, nachdem die Union auf nur noch 33 Prozent abgestürzt ist – ihr zweitschlechtestes Bundestagswahlergebnis nach dem von 1949. CDU und CSU befinden sich in Aufruhr, die CSU mit ihrem neuen Spitzenkandidaten Markus Söder bangt um ihre absolute Mehrheit bei der Landtagswahl in Bayern im Herbst. Schließlich wird diese Wahlperiode sehr wahrscheinlich die letzte von Angela Merkel als Kanzlerin sein. All dies sind günstige Ausgangsbedingungen für die SPD. Um sie zu ergreifen und zum Vorteil der Partei zu nutzen, reicht es aber nicht aus, sich vom Bundespräsidenten und den katastrophalen Umfragewerten, die der Partei bei Neuwahlen ein Absinken in die Bedeutungslosigkeit prophezeien, in ein ungeliebtes Bündnis treiben zu lassen. Angesichts des enormen Widerstands der Parteilinken, der Jusos, vieler Parteifunktionäre und aktiver Parteimitglieder gegen die Große Koalition kann der Partei eigentlich nur von einem Eintritt in die Koalition abgeraten werden.

Da eine Mischung aus staatspolitischer Verantwortung und nacktem Überlebenstrieb sie jedoch wahrscheinlich in die Große Koalition zwingen wird, muss sie sich klarmachen, dass ihr dies anderes abverlangt, als sie sich suggerieren möchte. Die SPD muss aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und sich in Stellung bringen für die Rückeroberung der „linken Mitte“, die sie in der Vergangenheit zu leichtfertig preisgegeben hat. Eine solche Siegstrategie erfordert mindestens vier Dinge: erstens, die Einsicht, dass nicht die Große Koalition, sondern eher ihre kontinuierliche Verleugnung für die Misere der Partei verantwortlich ist; zweitens, eine aktive Bejahung der Großen Koalition als die unter den gegebenen Umständen beste aller realisierbaren Optionen, was von Anfang an auch offensiv kommuniziert werden muss; drittens, eine programmatische Anpassung in der Flüchtlings-, Europa- und Wirtschaftspolitik;

und viertens, eine explizite Machteroberungsstrategie, die Programm und Personal in einem strategischen Zentrum in Einklang bringt.⁴ Das ist unter den gegebenen Umständen nicht einfach zu bewerkstelligen, aber es ist möglich und sollte aus sozialdemokratischer Sicht auch als wünschenswert angesehen werden.

Nicht die Große Koalition ist verantwortlich für die Misere der SPD

Unbestritten ist die Große Koalition ein schwieriges Bündnis für beide Partner: Weil in ihr die beiden politischen Hauptkontrahenten zueinanderfinden, ist die herkömmliche Mechanik des Parteienwettbewerbs außer Kraft gesetzt. Die Regierung wird nicht in einem politischen Lager links oder rechts der Mitte gebildet, sondern lagerübergreifend in der Mitte. Der Wettbewerb scheint stillgelegt; die Profilierung der einstigen politischen Gegner wird schwieriger oder auch in einem Überbietungswettbewerb um die politische Mitte bewusst vermieden; irgendwann können die Koalitionspartner kaum noch auseinandergelassen werden. Wo beide großen Volksparteien in der Mitte bis zur Unkenntlichkeit zusammenschrumpfen, bleiben die politischen Ränder unbesetzt. Die kleineren Parteien profilieren sich hier – auch neue Anbieter können in das entstandene Vakuum stoßen. Die letzte Bundestagswahl kann als eine Bestätigung dieses vermeintlichen Verlaufsgesetzes gelesen werden: SPD und Union, die 2013 noch zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigten, brachten es zusammen nur noch auf etwas mehr als die Hälfte, während die beiden kleinen Bundestagsparteien (Linke, Grüne) leicht hinzugewannen und die außerparlamentarische Opposition in Gestalt von FDP und AfD gar an ihnen vorbeizog. Auch 2009 gab es Vergleichbares: Union und SPD verloren zusammen zweistellig, die drei Kleinen legten entsprechend zu. Die wachsende Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems scheint das unausweichliche Ergebnis der Großen Koalition zu sein. Gegen diese vermeintliche Evidenz ist darauf hinzuweisen, dass die AfD auch schon 2013 nur knapp am Einzug in den Bundestag gescheitert ist. Und die gesamtdeutsche Linke ist das Produkt der rot-grünen Koalition und ihrer Agenda 2010, nicht der Großen Koalition.

Die Kausalitätsbeziehungen sind also keineswegs so eindeutig, wie es das bevorzugte Narrativ über die Große Koalition suggeriert. Man kann sie auch als eine erfolgreiche Antwort auf das Scheitern der kleinen Koalitionen Rot-Grün (1998-2005) und Schwarz-Gelb (2009-2013) interpretieren. Bis weit in die jeweilige Wahlperiode hinein galten beide Große Koalitionen als erfolgreich und waren entsprechend populär bei der Bevölkerung – die dritte GroKo aufgrund der hohen wirtschaftlichen Zufriedenheit sogar noch populärer als die zweite, die unter dem Eindruck der Finanzkrise stand. Erst mit den jeweiligen Absetzbewegungen der Parteien – und besonders der SPD – von der Koalition begann die Popularität des Bündnisses zu erodieren, war aber trotzdem vor den Wahlen 2009 und 2017 die populärste Koalitionsvariante bei den Wählern und unter SPD-Anhängern. Hätte die SPD nicht gleich zu Beginn der zweiten Großen Koalition ihren Vorsitzenden Müntefering demontiert, hätte Andrea Ypsilanti in Hessen nicht ihren schweren Vertrauensbruch begangen, hätten die Parteivorsitzenden Müntefering, Platzeck, Beck sowie die „Putschisten vom Schwielowsee“ um Müntefering und Kanzlerkandidat Steinmeier nicht derart unglücklich agiert und wäre die SPD nicht mit unrealistischen Machtperspektiven in den Wahlkampf gezogen – wer weiß, wie die Wahl ausgegangen wäre? Und wie die Wahl 2013, wenn nicht wieder ähnliche Fehler gemacht worden wären? Erinnerung sei an die neuerliche „Sturzgeburt“ bei der Auswahl des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, an dessen prompte mediale

Demontage, an der die Parteilinke nicht unbeteiligt war, an seine anschließende programmatische Fesselung durch ebendiese Linke und an die neuerliche offizielle Absage an die Große Koalition, die einzig realistische Machtperspektive. Es ist eine unzulässige Argumentation, die Große Koalition für die Existenzkrise der Partei verantwortlich zu machen, hat die SPD doch in jedem Wahlkampf seit 2005 aufs Neue darum gekämpft, nicht in eine Große Koalition eintreten zu müssen. Das Angebot einer Großen Koalition wurde dem Wähler nie gemacht.

Ein Erfolg der SPD setzt die aktive Bejahung der Großen Koalition voraus

Als Grund, warum die SPD nie für eine Fortsetzung der erfolgreichen und populären Großen Koalition geworben hat, wurde neben den zu erwartenden Wahlverlusten immer wieder genannt, dass sie sich als stolze Volkspartei nicht mit der Rolle des Juniorpartners begnügen könne. Auch sei es für die SPD unmöglich, Wahlkampf zu führen und ihre Anhänger zu mobilisieren, wenn sie nicht das Kanzleramt anstrebe. Den offensichtlichen Widerspruch dieses Arguments zu den erklärten Koalitionspräferenzen der Parteianhänger (nicht der Funktionäre oder aktiven Mitglieder) einmal beiseitegelassen: Es gibt keinen Automatismus, der den kleineren Koalitionspartner daran hindern könnte, zur Kanzlerpartei zu werden. Es ist auch nicht ausgemacht, dass die Gewinne einer Großen Koalition immer der Kanzlerpartei zufallen, während ihre Kosten überwiegend vom Juniorpartner zu tragen sind. Die Union hat 2009 verloren, wenn auch nur geringfügig. Und 2017 hat sie gegenüber der letzten Bundestagswahl sogar stärker verloren als die SPD. Dass sie dennoch als relativer Gewinner aus beiden Koalitionen hervorgegangen ist, hatte vor allem mit der Strategie der Kanzlerin zu tun, für die Erfolge der Großen Koalition die „Ownership“ zu beanspruchen. Die SPD hat demgegenüber zwar immer darauf hingewiesen, dass sie es eigentlich sei, die für die Erfolge der Koalition verantwortlich sei. Sie hat aber trotzdem immer gegen ihre eigene Regierungstätigkeit einen Oppositionswahlkampf geführt. Wer soll die Partei bei einer solch widersprüchlichen Strategie ernstnehmen? Nähme man sie ernst, gehörte sie auf die Oppositionsbänke.

Wie sehr es die Partei dorthin drängt, zeigte sich nach dem Scheitern von Jamaika daran, dass ansonsten vernünftige Sozialdemokraten auf einmal sonderbare Regierungsmodelle wie die Tolerierung einer Minderheitsregierung der Union (Malu Dreyer) oder eine „Kooperationskoalition“ (Matthias Miersch) vorschlugen. Tolerierungsmodelle sind aber nur etwas für kleinere Parteien an den politischen Rändern, die sich prinzipiell schwer mit dem Regieren tun. Sie können so vereinzelte Forderungen durchsetzen, ohne sich die Hände schmutzig zu machen. Für eine stolze Partei wie die SPD, die den Anspruch stellt, den Kanzler zu stellen, taugen Tolerierungen nicht. Von Minderheitsregierungen profitieren immer die regierenden Parteien, siehe Dänemark, Schweden, Spanien oder auch Nordrhein-Westfalen nach 2010. Genauso wenig Sinn machte die von Gesine Schwan ins Spiel gebrachte Kenia-Variante aus CDU/CSU, SPD und Grünen. Nicht nur handelt es sich dabei um ein noch nie erprobtes Modell, sondern auch um eine übergroße Koalition. Solche Krisenkoalitionen zielen nicht darauf, den größtmöglichen Gewinn für die Partner abzuwerfen, sondern die Kosten auf möglichst viele Schultern zu verteilen. So auf den Hund gekommen sollte die SPD noch nicht sein.

Programmatische Adjustierungen in der Flüchtlings-, Europa- und Wirtschaftspolitik

Der Weg zurück in die Erfolgsspur beginnt also mit der aktiven Bejahung der Großen Koalition. Das ist für eine demoralisierte Partei wie die SPD, die momentan kaum etwas mehr fürchtet als das Regieren, leichter gesagt als getan. Vielleicht ist es nach 15 Jahren Verschleiß in der Regierung, in denen die SPD auf die Hälfte ihrer Größe von 1998 zusammengeschmolzen ist, auch zu viel verlangt. Sollte sie sich trotzdem zur Mitarbeit in der Regierung durchringen, so muss ihr bewusst sein, dass es damit alleine nicht getan ist. Die SPD muss auch begründen, welche inhaltlichen und machstrategischen Ziele sie in der Großen Koalition erreichen will. Und, noch schlimmer: Wenn sie erfolgreich sein will, wird sie nicht darum herumkommen, Anpassungen an ihrem Programm vorzunehmen, die in eine andere Richtung weisen als von der Aktivmitgliedschaft gewünscht. Der Auffassung, dass „mehr Zeit für Gerechtigkeit“ sei, wie das SPD-Wahlprogramm forderte, waren die Wähler nicht. Nur zwei von zehn fanden, dass es grundlegenden Reformbedarf in Deutschland gäbe. 80 Prozent beurteilten ihre wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut. Ungerecht fanden die Wähler höchstens, dass Deutschland den Flüchtlingszuzug nach Europa seit 2015 nahezu im Alleingang zu bewältigen hatte und die Sorgen der Bevölkerung bei der Politik kaum Gehör fanden. Kaum ableiten lässt sich aus dem Wählervotum eine allzu großzügige Haltung in der Flüchtlingsfrage, die Forderung nach einer Bürgerversicherung oder die Vision der Vereinigten Staaten von Europa.

Das Gegenteil ist gefordert – und wenn die SPD den Anspruch, „Schutzmacht der kleinen Leute“⁴⁵ zu sein, nicht ganz aufgeben will, dann sollte sie auf die Signale der Wählerschaft hören und nicht ihre alten Forderungen bekräftigen. Demokratie heißt auch, dem Wähler einmal in Demut zu folgen und ihn nicht immer nur „umerziehen“ zu wollen. In dieser Hinsicht könnte die SPD durchaus von Angela Merkel lernen. In einer neuen Großen Koalition sollte vielleicht einmal sie diejenige Partei sein, die den Partner mit einer Umarmungsstrategie in die Defensive drängt. Die SPD sollte sich als die Partei profilieren, die sich um eine ernsthafte Begrenzung des Flüchtlingszuzugs bemüht. Sie sollte auch die Sorgen der Bevölkerung in der inneren Sicherheit ernstnehmen. Und sie sollte Abstand nehmen von einer konfliktbeladenen gesellschaftlichen Großreform wie der Bürgerversicherung, die wieder neue Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten produzieren würde. Ebenso wenig kann aus deutscher Sicht die Vision eines politisch voll integrierten Europas die Antwort auf Emmanuel Macrons Europainitiative sein. Auf diesem Feld wird es eher um harte wirtschaftliche Interessen gehen und um weitere Fortschritte in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die auch mit Blick auf das gestörte transatlantische Verhältnis das Gebot der Stunde sind. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik steht für die SPD nicht der Ausbau der Sozialstaatskompetenz auf der Tagesordnung, sondern der Wirtschaftskompetenz. Will sie wieder Volkspartei werden und nicht zur Milieupartei absinken, hat sie hier ihre meisten Hausaufgaben zu machen. Das Sondierungspapier, auf das sich die Unterhändler von Union und SPD am 12. Januar einigten, trägt diesen Notwendigkeiten zum Glück auch Rechnung.

Notwendiger Aufbau eines strategischen Zentrums

Alle etwaigen programmatischen Einsichten nützen nichts, wenn es nicht auch Personen gibt, die sie umsetzen können – und wollen. Die SPD muss sich bereits jetzt Gedanken machen, wen sie als nächsten Kanzlerkandidaten in Stellung bringen will, um Angela Merkel spätestens 2021 abzulösen. Sie muss sich auch überlegen, von welcher Position aus das am ehesten gelingen kann. Das Finanzministerium mit seinem haushaltspolitischen Vetorecht und den starken europapolitischen Kompetenzen käme dafür am ehesten in Frage – das Außenministerium eher nicht. Es beschert seinem Amtsinhaber zwar hohe Popularität, die sich aber machtstrategisch nicht umsetzen lässt, weil der Minister sich dem außenpolitischen Primat der Kanzlerin unterordnen muss. Eine Arbeits- und Sozialministerin, die die paritätische Finanzierung der Sozialbeiträge wiederherstellt und die „solidarische Lebensleistungsrente“ neu einführt, oder ein Innenminister, der die Einwanderung nach Deutschland begrenzt und die innere Sicherheit gewährleistet, könnten auch an der Wahlurne etwas für die SPD abwerfen. Wer aber soll diese Posten ausfüllen und die dafür notwendige Politik vertreten?

In den ungelösten Personalfragen besteht ein großes Problem der Partei. Martin Schulz ist als nochmaliger Kanzlerkandidat nicht mehr vermittelbar, genauso wenig Sigmar Gabriel, nachdem er zweimal die Kanzlerkandidatur ausgeschlagen hat. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz wäre ein möglicher Kandidat sowohl vom Finanz- wie vom Arbeitsministerium (in einer Krisensituation vielleicht auch vom Posten des Hamburger Bürgermeisters) aus; er ist aber so unpopulär in der Partei wie sonst nur Gabriel und Ralf Stegner. Als Zauderer steht er Gabriel in nichts nach und hat schon einmal vorsorglich erklärt, für ein Ministeramt nicht zur Verfügung zu stehen. Wer bleibt? Andrea Nahles? Die heimliche Vorsitzende der Partei wäre eine denkbare Kandidatin und könnte auch vom Fraktionsvorsitz das Amt der Kanzlerin anstreben, wenn es ihr gelänge, eine schlagkräftige Regierungsmannschaft um sich zu versammeln. Ihre für viele „gewöhnungsbedürftige Art“ (Oskar Niedermayer) setzt ihrer Anziehungskraft über die engere sozialdemokratische Klientel hinaus jedoch Grenzen. Andere, potentiell attraktivere Kandidaten wie Stephan Weil, Malu Dreyer oder Katarina Barley, drängen sich derzeit nicht in den Vordergrund, sind vielleicht auch noch nicht so weit. Symptomatisch ist, dass Dreyer mit ihrem Eintreten für eine Minderheitsregierung der Union das beste Ergebnis auf dem Parteitag im Dezember erzielte. Die Krise der Partei ist also nicht nur eine der Inhalte, sondern auch der Personen.⁶

Anmerkungen

- 1 Albrecht von Lucke: Ausgezehrt im Niemandsland, in: Berliner Republik 5/2017.
- 2 Gerd Mielke: Wahlkampf in falschem Rahmen, in: Berliner Republik, Online-Spezial, 16.11.2017.
- 3 Frank Decker: Rechtsruck, in: Berliner Republik 5/2017.
- 4 Vgl. Elmar Wiesendahl: Strategische Lehren aus dem Bundestagswahlkampf 2017, Berlin, November 2017.
- 5 Ernst Hillebrand: Auf dem Weg zur Milieupartei, in: Berliner Republik 5/2017.
- 6 In Abwandlung eines Satzes von Claus Heinrich (SPD: Der Absturz einer Volkspartei, in: Blätter 11/2017, S. 88), der meint, dass „die eigentliche Krise der SPD keine des Personals (ist), sondern der Inhalte.“